

Mainz, 25.06.2025

Antrag 0992/2025 zur Sitzung am
**Haushaltsbegleitantrag: Mehr Mut für weniger Belastungen – mehr
Innovationsgeist (FDP)**

Aktuell ist die Haushaltslage in der Landeshauptstadt angespannt. Weder der Weg der Neuverschuldung noch die massiven Steuer- und Gebührenerhöhungen der aktuellen Koalition sind der richtige Weg, langfristig für eine finanzielle Stabilität der Stadt Mainz zu sorgen.

Mit einer der größten Einnahmequellen der Stadt Mainz ist die Gewerbesteuer. Trotz mehrfacher Vorschläge wurden notwendige Schritte zur Ausweisung neuer Gewerbegebiete von der neuen Koalition nicht unternommen. Damit fehlt ein positives Signal für Unternehmen, die sich gerne in Mainz ansiedeln möchten und die eingesessenen Mainzer Unternehmen bei Expansionsbedarf Flächen anbieten zu können, um sie in Mainz zu halten.

Es ist kontraproduktiv, die Wirtschaftsförderung zu Gunsten von anderen Projekten zurückzuführen und zu benachteiligen, wenn die die Anzahl der gewerbesteuerzahlenden Unternehmen in Mainz rückläufig ist und es in vielen Branchen wieder zu Kurzarbeit kommt. Der neuen Koalition fehlt es an Weitsicht und Innovationsgeist. Mainzer Unternehmen stehen nicht nur für Wirtschaftskraft, sondern sie sind auch gerade im mittelständischen Bereich der größte Arbeitgeber und dadurch die Existenz vieler Arbeitnehmer hier in Mainz.

Durch mutige Entscheidungen in der Pandemie, wie den Verzicht von Sondergebühren, die Absenkung von Steuern und saisonale, vergünstigte Eintrittspreise haben uns viele positive Effekte gebracht und es zeigt, dass weniger tatsächlich zu mehr Wirtschaftskraft, zu mehr Einnahmen, mehr Bürgernähe, einer lebendigen und kultureichen Innenstadt und insgesamt ein gesellschaftlicher Mehrwert für Mainz führt. Das Aussetzen von Eintrittspreisen für Schwimmbäder, die finanzielle Entlastung bei kulturellen Angeboten sowie Investitionen in einen funktionsfähigen ÖPNV haben den Standort Mainz gestärkt. Dies ermöglicht Kindern und Jugendlichen nicht nur den kostenfreien Schwimmbad-

besuch, sondern fördert auch die Teilhabe am kulturellen Leben.

Für die Ratsfraktion der Freien Demokraten ist dabei eine ausgewogene Balance zwischen finanzpolitischer Stabilität der Kommune, die Minimierung der Belastungen der privaten Haushalte und eine Impulssetzung für die wirtschaftliche Entwicklung von Unternehmen, die Richtschnur des (haushalts-) politischen Handelns.

Mainz ist als Teil des Rhein-Main-Gebietes eingebettet in einer der am stärksten prosperierenden Regionen Europas und nicht zuletzt aufgrund des Auf- und Ausbaus des „Life-Science-Clusters“ ein Standort mit großem Potential. Dieses Potential gilt es zu nutzen und dabei deutlich zu machen: Mainz ist mehr als eine Branche!

Der mit Ansage abgelehnte Haushaltsentwurf hat die Gestaltungsmöglichkeiten erheblich eingeschränkt. Durch die vorläufige Haushaltsführung konnten bisher Impulse für die Förderung der Wirtschaft und die Wirtschaftskraft der Stadt nicht gesetzt werden. Schon für den abgelehnten Haushalt haben Verwaltung und Koalition erfolglos einseitig auf deutliche Erhöhungen von Steuern und Abgaben gesetzt, jetzt wird dieser einseitige Trend noch massiv verstärkt, während echte Einsparungen bei den laufenden Ausgaben weitgehend Fehlanzeige bleiben.

Dieser Haushalt beinhaltet zahlreiche und völlig unverhältnismäßige Mehrbelastungen von Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen in Mainz ohne eine Bereitschaft der Verwaltung zu Einsparungen, so dass neben den massiven Erhöhungen auch noch neue höhere Schulden kommen. Das ist einfalllos, mutlos und lässt keinen Innovationsgeist erkennen.

Die finanziellen Probleme der Stadt Mainz dürfen nicht einseitig zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen und mit neuen Schulden gelöst werden, sondern im gleichen Umfang muss auch die Verwaltung Einsparungen vornehmen und durch bessere Leistungen für die Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen, sowie eine Entbürokratisierung einen wichtigen Beitrag zur langfristigen Sicherheit der Wirtschaftskraft und der Haushaltslage der Stadt beitragen.

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt,

ein detailliertes Konsolidierungskonzept vorzulegen, dass in allen Bereichen eine Einsparung im administrativen Bereich mit dem Ziel der Einsparung von mindestens 10 Millionen €.

Organisationsstrukturen und Prozesse in der Verwaltung so zu optimieren, dass die neu angemeldeten Stellen im Stellenplan und Planstellen, die schon länger unbesetzt sind, außerhalb der Bereiche Kita, Ganztagsbetreuungsangeboten, Katastrophenschutz, Feuerwehr sowie im Ausbildungsbereich und zur Erfüllung von neuen gesetzlichen Aufgaben zwingend notwendig sind, durch Umschichtungen und Aufgabenkritik ohne Mehrungen im Stellenplan möglich

werden. Das Ziel muss eine dauerhafte Einsparung von ca. 2 Millionen € pro Jahr sein.

Neue nachhaltige Gewerbegebiete auszuweisen und ein erstes Gewerbegebiet von 20 Hektar, bereits als geplantes Gewerbegebiet nördlich der Essenheimer Straße an der A60 zu realisieren und einen entsprechenden Planungsansatz in den Haushalt aufzunehmen, mit dem Ziel, langfristig in den nächsten Jahren wieder zusätzliche Gewerbesteuern zu erzielen.

Kosten für Gutachten im Bereich der freiwilligen kommunalen Leistungen, für die die Verwaltung über eigene Sachkompetenz und Personal verfügt, sollen weitgehend aus dem Haushalt herausgenommen werden. Das Rechtsamt soll mit der Begutachtung als hauseigene Abteilung beauftragt werden.

Soweit die Verwaltung begründet der Ansicht ist, dass ihr die Sachkompetenz und das Personal fehlen, müssen seitens des Rates Beschlüsse eingeholt werden.

Das Einsparpotenzial wird hier in einem Bereich bis zu 2 Millionen € gesehen.

Begründung:

Der echte Wille zum Sparen fehlt in dem aktuellen Haushaltsentwurf der Verwaltung, und daher ist es nun die Aufgabe des Stadtrates der Verwaltung einen expliziten Auftrag zur Konsolidierung zu erteilen.

Aufzeichnung der vorbezeichneten Maßnahmen wird Einsparpotenzial und in Verbindung mit zusätzlichen Einnahmen in einem Umfang von 20 Millionen € gesehen, was auch den Vorgaben der ADD entspricht, ohne dass es die weiteren massiven Erhöhungen bedurft hätte. Dazu im Einzelnen.

Die FDP-Fraktion hatte im vergangenen Jahr eine Anfrage an den Oberbürgermeister gestellt, Auskunft darüber zu geben, in welchem Umfang Gutachten seitens der verschiedenen Dezernate eingeholt werden.

Die Gutachten für die Analyse des Organisationsaufbaus haben in Summe mehr als eine halbe Million Euro gekostet und man muss begründet an die Verwaltung den Auftrag richten, die Vorschläge aus dem Gutachten nunmehr auch unverzüglich strukturell umzusetzen, da andernfalls sonst diese Ausgabe sinnwidrig war.

In der Verwaltung und aus Bürgerbeteiligungsverfahren ist so viel Kompetenz vorhanden, das in vielen Fällen teure Gutachten und extern erstellte Konzeptpapiere nicht erforderlich sind. Die Präsentation zur Erweiterung des Radnetzes hat nach Angaben der Dezernentin allein 155.000 € gekostet, beinhaltete jedoch so viele strukturelle und örtliche Fehler, dass alle, die an der Präsentation bei der Diskussion teilgenommen hatten, zutreffend zu dem Ergebnis kamen, dass die bereits gefundenen Ansätze aus dem Maphaton Mainz, völlig ausgereicht hät-

ten. Dieses Geld hätte man einsparen können.

Gutachten/Beratung für die Umsetzung der Grundsteuerreform haben die Verwaltung im vergangenen Jahr rund 800.000 € gekostet.

Im Hinblick auf die Haushaltslage und die vorhandene Sachkompetenz in der Verwaltung muss es gemeinsames Ziel sein, solche Kosten deutlich zu reduzieren und zu vermeiden. Allein in diesem werden Einsparmöglichkeiten von min. 1 Million € gesehen.

Es ist unerlässlich, die Kosten von Projekten stets auf ihren gesellschaftlichen Mehrwert und die Klugheit der getätigten Investitionen hin zu prüfen. Bezüglich der Mainzer Radwege hat der ADFC jüngst erhebliche Kritik geäußert: bemängelt werden schlechte Oberflächen, durch Grünüberhang verengte und teils gefährliche Abschnitte, unzureichende Beleuchtung und insbesondere in Gefahrenbereichen eine Zunahme von Konflikten unter den Verkehrsteilnehmenden, verursacht durch die absichtliche Zusammenführung von Rad- und Autoverkehr. Vor diesem Hintergrund erscheint es mehr als fraglich, ob die Entscheidung, das Radbüro seit 2021 personell stetig von ursprünglich einem auf nunmehr fünf Mitarbeiter aufzustocken, tatsächlich klug war.

Bei neuen Stellen muss entweder eine signifikante Steigerung der Effizienz (Reduzierung Ausgaben bzw. Digitalisierung), der Erfüllung gesetzlich vorgegebener Aufgaben oder der deutlichen mittelfristigen Einsparung, erkennbar sein. Diese Prämissen sind bei dem vorgelegten Stellenplan, insbesondere den neu zu schaffenden Stellen nicht in allen Bereichen so erkennbar.

Glahn, Susanne
Fraktionsvorsitzende